

Fraktion Die Linke im
Sächsischen Landtag
#sogehsolidarisch Mitte Juni
2024

Die Linke

Fraktion im
Sächsischen Landtag



Liebe Leserin, lieber Leser,

in der letzten regulären Plenarsitzung vor der Wahl hat der Ministerpräsident eine Regierungserklärung abgegeben – und den scharfen Widerspruch unserer Sozialexpertin

Susanne Schaper geerntet. Die Chancen, die diese Regierung versiebt habe, würden wohl nie wiederkommen. So habe die CDU nicht nur den Entwurf der Linksfraktion für ein Vergabegesetz abgelehnt, das faire Löhne für öffentliche Aufträge garantiert hätte. Michael Kretschmer habe auch den schwächeren Entwurf des SPD-Ministers Martin Dulig beerdigt – und stolz bekannt, dass er dem Befehl der Unternehmerlobby gehorcht hat. Von ihm gebe es auch kein Wort dazu, dass in Sachsen jedes fünfte Kind und jeder dritte junge Erwachsene von Armut bedroht ist. Die CDU habe sich nicht einmal dazu durchringen können, dem Notfallfonds für ostdeutsche Rentnerinnen und Rentner beizutreten, die seit 1990 um ihre Rentenansprüche betrogen worden sind und betrogen werden.

Der Ministerpräsident habe auch sein Versprechen gebrochen, für mehr direkte Demokratie zu sorgen. Auf sein Wort sei nicht immer Verlass – das gelte auch für eine mögliche Zusammenarbeit von CDU und AfD. Die Linksfraktion habe indes manches erreicht und bleibe die Stimme derjenigen, die keine mächtige Lobby besitzen.

Nun beginnt die parlamentarische Sommerpause. In den nächsten Ausgaben werden wir auf besonders kontroverse Themen zurückblicken, die wir in der zurückliegenden Wahlperiode auf die Tagesordnung gesetzt haben.

Kevin Reißig, Pressesprecher

Inhaltsverzeichnis

1. Unser Land verdient eine Regierung, die für gute gesetzliche Renten eintritt
2. Sinkende Geburtenzahlen dürfen nicht zu Kita-Personalabbau führen
3. Sachsen kann sich wie Bayern ein Landespflegegeld leisten
4. Nein zur Politik der kalten Kürzung – sinnvolle Investitionen ermöglichen!
5. Eine Landes-Wohnungsbaugesellschaft könnte viele Probleme lösen
6. Gewinnbeteiligung bei Wind- und Solarparks: Eine Frage der Gerechtigkeit!
7. Auf den Staat muss besonders in der Krise Verlass sein
8. Sachsen muss mehr Direkte Demokratie wagen – Kretschmer und die CDU verhindern das
9. Volksantrag für Bildungszeit erfolgreich
10. Auch das gibt's

Unser Land verdient eine Regierung, die für gute gesetzliche Renten eintritt



Nach einem langen Arbeitsleben muss die Rente zum Leben reichen, nicht nur zum Überleben. Bei uns im Osten sind 90 Prozent der Ruheständlerinnen und Ruheständler auf die gesetzliche Rentenversicherung angewiesen, weil sie ihr einziges Einkommen ist. Der Auftrag ist also klar: Wir müssen die gesetzliche Rente stärken, vor allem durch gerechte Beiträge von allen, die hierzulande ein Einkommen erzielen!

[Sachsen verdient eine Regierung, die sich dafür einsetzt.](#)

Sinkende Geburtenzahlen dürfen nicht zu Kita-Personalabbau führen



[In Sachsen sinken die Geburtenzahlen,](#) es kommen weniger Kinder in die Kindertagesstätten. Kultusminister Christian Piwarz spricht von „demografischer Rendite“, weil die sinkende Nachfrage nach Kita-Plätzen den Betreuungsschlüssel verbessert. Dazu muss aber Landeszusatz stabil bleiben, es darf kein pädagogisches Personal abgebaut werden! [Wir fordern Planungssicherheit und eine](#)

[Ausbildungsvergütung, damit genug Erzieherinnen und Erzieher nachwachsen.](#)

Sachsen kann sich wie Bayern ein Landespflegegeld leisten



In unserem reichen Land sollten alle in Würde altern können, auch wenn sie pflegebedürftig werden. Die Realität sieht für zehntausende Menschen im Freistaat anders aus.

Pflegebedürftigkeit bedeutet in der Regel das Ende der finanziellen Selbstbestimmung. Wir wollen die Würde der Betroffenen bewahren – mit einem Landespflegegeld, wie es etwa in Bayern existiert. Es wäre bezahlbar und

vielfältig einsetzbar - CDU, SPD, Grüne und AfD stimmten aber nicht dafür.

Nein zur Politik der kalten Kürzung – sinnvolle Investitionen ermöglichen!



Die Bundesregierung hat einen Haushalt vorgelegt, der einen sozialen Kahlschlag bedeutet. Auch in Sachsen will der Finanzminister seinen Kolleginnen und Kollegen vorschreiben, weniger Mittel auszugeben. Für Banken, das Militär und die Konzerne ist freilich immer Geld da. Wir haben im Landtag klargestellt: In einer ökonomischen Krise die Ausgaben zu

kürzen, ist das Dummste, was man machen kann. Es spricht nichts dagegen, wichtige Investitionen durch Kredite zu ermöglichen, die sich in der Zukunft auszahlen. Den Parlamenten das zu verbieten, ist undemokratisch und unsinnig.

Eine Landes-Wohnungsbaugesellschaft könnte viele Probleme lösen



Die Marktlogik versagt, wenn es um die Versorgung mit erschwinglichem Wohnraum geht. Trotzdem ist die Kretschmer-Koalition auch wohnungspolitisch weit hinter dem zurückgeblieben, was notwendig ist. So bleibt beispielsweise das Problem bestehen, dass Kommunen ihre Wohnungsbestände privatisieren. Wir schlagen vor, wie andere Bundesländer

eine [Landes-Wohnungsbaugesellschaft](#) zu gründen, die kommunale Wohnungen sichert und neue Bestände aufbaut.

Gewinnbeteiligung bei Wind- und Solarparks: Eine Frage der Gerechtigkeit!



Wir wollen regeln, dass die Bevölkerung an Solar- und Windenergieanlagen in ihrer Nähe mitverdient. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit! Dazu haben wir ein Gesetz vorgeschlagen, dass den Kommunen sowie den Anwohnerinnen und Anwohnern jeweils 0,2 Cent pro Kilowattstunde eingespeister Strommenge einbringen soll. Die Kretschmer-Koalition hat lieber ein eigenes Beteiligungsgesetz

verabschiedet – [und blieb dabei weit hinter dem eigentlich Möglichen zurück.](#)

Auf den Staat muss besonders in der Krise Verlass sein

CDU, Grüne, SPD und AfD haben [unseren Vorschlag](#) abgelehnt, ein Sondervermögen für sozialen Ausgleich und Klimaschutz zu errichten. Dabei erinnern wir uns gut an Überschwemmungen, Waldbrände, an Starkregen und Sturzfluten. Der Freistaat sollte für eine sozial gerechte Krisenbewältigung vorsorgen – für Naturkatastrophen, aber auch für



Dr. Bernd_Gross, CC_BY-SA_3.0,
Wikimedia_Commons

politische und wirtschaftliche Krisen.
Bisher waren ärmere Menschen von Krisen stets stärker betroffen als wohlhabende.

Sachsen muss mehr Direkte Demokratie wagen –
Kretschmer und die CDU verhindern das



Der Volksbegehrensbericht 2024 des Vereins Mehr Demokratie e. V. stellt Sachsen ein schlechtes Zeugnis aus: „Sachsen hat die höchsten Hürden für Volksbegehren unter den Bundesländern.“ Wir wollen mehr direkte Demokratie wagen! Michael Kretschmer und seine CDU haben eine Verfassungsänderung verhindert, die den Aufschwung der Direkten Demokratie ermöglicht hätte.

Demokratie ist mehr als Menschen zum Wählen aufzurufen!

Volksantrag für Bildungszeit erfolgreich

Das breite Bündnis hinter dem Volksantrag, der das Recht auf Bildungszeit in Sachsen einführen will, hat die Zielmarke von 40.000 Unterschriften deutlich überschritten. Wir danken allen Engagierten und freuen uns, dass so viele Menschen den Volksantrag unterstützen. Was in 14 anderen Bundesländern erfolgreich etabliert ist, muss auch in



Sachsen umgesetzt werden:
Freistellung für eine bis zu fünftägige
Weiterbildung im Jahr, die nicht
zwingend mit dem eigenen Beruf zu tun
hat.

Auch das gibt's



Für die einen ist sie ein
„Aushängeschild für den
Parlamentsbetrieb“, für manche im
Innenministerium eine „Nervensäge“,
für Nazis jedenfalls eine Hassfigur:
Kerstin Köditz, unsere langjährige
Sprecherin für antifaschistische Politik,
tritt nach 23 Jahren im Parlament nicht
wieder zur Wahl an. Auch wenn sie
außerparlamentarisch weiterarbeiten
will: Sie wird im Landtag fehlen, und
das nicht nur uns! In ihren Themen
[Antifaschismus](#) und Innenpolitik hat sie
sich große Expertise erarbeitet, die
sogar bei Sicherheitsbehörden gefragt
ist. Sie hat die extreme Rechte im Blick

und viele Erkenntnisse öffentlich gemacht. Der Deutschlandfunk hat ihr [ein hörenswertes
Portrait](#) gewidmet. Auch der [MDR-Sachsenspiegel](#) blickt auf ihre Arbeit zurück.

Impressum

Die Linke Fraktion im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Telefon: 0351 4935800
Fax: 0351 4935460
linksfraktion@slt.sachsen.de

Folgen Sie uns auf Facebook
Folgen Sie uns auf X
Folgen Sie uns auf Instagram
Folgen Sie uns auf Youtube
Folgen Sie uns auf Flickr

Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, können Sie sich hier austragen:
[Newsletter abbestellen](#)